handel bekanntzugeben, daß er seinen Abnehmern die neuen Industriepreise bis zu den oben genannten Terminen übergeben kann.

- 4.6. Mit dem Planentwurf sind von den für die Prüfung und Koordinierung der Preisvorschläge zuständigen Organen Auswirkungsberechnungen für alle Industriepreisänderungen auf die Hersteller und Abnehmer entsprechend Anlage 1 einzureichen. Die Ministerien übergeben diese Auswirkungsberechnungen und die Zusammenfassung für ihren Bereich dem Amt für Preise, der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium der Finanzen.

5. Behandlung der Auswirkungen der planmäßigen Industriepreisänderungen auf die nichtvolkseigene Wirtschaft, die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie

- 5.1. Die neuen Industriepreise gelten grundsätzlich einheitlich für die Hersteller- und Abnehmerbetriebe aller Eigentumsformen

Die für die Vorbereitung planmäßiger Industriepreisänderungen verantwortlichen Organe haben zu sichern, daß die Auswirkungen auf die nichtvolkseigene Wirtschaft geprüft werden.

Wird in Vorbereitung der planmäßigen Änderung der Industriepreise festgestellt, daß Auswirkungen auf die nichtvolkseigenen Betriebe entstehen, die die weitere planmäßige Einbeziehung dieser Betriebe in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß hemmen würden, so ist von den für die Festlegung der planmäßigen Industriepreisänderungen verantwortlichen Organen zu entscheiden, daß keine Industriepreisänderungen durchgeführt bzw. die vorgesehenen Industriepreisänderungen in ihrem Umfang reduziert werden.

Die Auswirkungen der planmäßigen Industriepreisänderungen auf die Betriebe der nichtvolkseigenen Wirtschaft, einschließlich der sich aus der Umbewertung der Bestände ergebenden Auswirkungen, werden in das geltende System des Gewinnausgleichs einbezogen. Die VVB und die Erzeugnisgruppen-Leitbetriebe haben durch die Einbeziehung der nichtvolkseigenen Betriebe in den Prozeß der Spezialisierung und durch andere Maßnahmen zur Rationalisierung der Produktion die nichtvolkseigenen Betriebe bei der Senkung der Selbstkosten und der Erhöhung der Rentabilität wirksam zu unterstützen.

Die VVB haben die Auswirkungen der Industriepreisänderungen auf die nichtvolkseigenen Herstellerbetriebe zu ermitteln und als Information dem Ministerium der Finanzen bis zum 30. Juni des dem Einführungsjahr vorhergehenden Jahres zu übergeben.

- 5.2. Die vorgesehenen Industriepreisänderungen gelten auch gegenüber den Betrieben der Landwirtschaft, soweit es sich um Erzeugnisse handelt, für die diese Betriebe die Industriepreise nach dem Stand vom 1. Januar 1967 entrichten.

Die Auswirkungen der Industriepreisänderungen sind in der Bilanz der ökonomischen Maßnahmen für die Landwirtschaft zu berücksichtigen.

Bei Erzeugnissen, die die Betriebe der Landwirtschaft zu Industriepreisen nach dem Stand vom 31. Dezember 1966 beziehen, gelten diese Industriepreise weiterhin, und es verändert sich der Preisausgleich.

- 5.3. Die planmäßigen Industriepreisänderungen gelten bei Konsumgütern nur für die Betriebspreise. Die Einzelhandelsverkaufspreise bleiben davon unberührt. Die im Betriebspreis bei Konsumgütern wirksam werdenden Senkungen sind als Differenzbetrag der Produktions- bzw. Verbrauchsabgabe zuzurechnen.

Die für die Prüfung und Koordinierung der Preisvorschläge zuständigen Organe sind verpflichtet, die planmäßigen Betriebspreisänderungen für Konsumgüter im Prozeß ihrer Vorbereitung mit dem Ministerium für Handel und Versorgung abzustimmen. Sie sind verpflichtet, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Handel und Versorgung, die zur Beibehaltung der Einzelhandelsverkaufspreise erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

- 5.4. Bei der Durchführung planmäßiger Industriepreissenkungen ist bei solchen Erzeugnissen, für die produktgebundene Preisstützungen gezahlt werden, vorrangig die Preisstützung zu reduzieren. Betriebspreisänderungen, die zur Reduzierung von produktgebundenen Preisstützungen oder von Exportverluststützungen bzw. zur Festigung oder Erhöhung von Produktionsabgaben und Verbrauchsabgaben führen, sind Industriepreissenkungen im Sinne dieser Richtlinie.

6. Berücksichtigung der planmäßigen Industriepreisänderungen bei der Planausarbeitung und Plandurchführung.

- 6.1. Die Betriebe, volkseigenen Kombinate und VVB haben die Planung und Abrechnung zu Industriepreisen des jeweiligen Planjahres durchzuführen.

- 6.2. Die Hersteller haben einen Preisänderungsfonds zu ermitteln. Dazu ist bei der Planausarbeitung die für den Absatz bestimmte Produktion zu Betriebspreisen des Basisjahres zu bewerten. Der Preisänderungsfonds ergibt sich aus der Differenzierung der zu Betriebspreisen des Planjahres und des Basisjahres bewerteten, für den Absatz bestimmten Planproduktion.

Hersteller, die durch die Bildung eines einheitlichen Betriebsergebnisses direkt mit den Weltmarktbedingungen konfrontiert werden, haben bei der Ermittlung des Preisänderungsfonds nur die Industriepreisänderungen für die Menge des Inlandsabsatzes zu berücksichtigen.

Änderungen der Höhe der Exportstimulierungsmittel, die im Zusammenhang mit planmäßigen Industriepreisänderungen festgelegt werden, sind bei der Berechnung des Preisänderungsfonds zu berücksichtigen.

Der bei der Planausarbeitung ermittelte Preisänderungsfonds gilt in dieser Höhe auch für die Plandurchführung und Planabrechnung.

- 6.3. Die Abnehmer haben den prozentualen wertmäßigen Anteil der von Industriepreissenkungen betroffenen Erzeugnisse und Leistungen aus Vorstu-